

Stand. 8 punkt

Juli 2013

Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“... und kostet Geld!

Kulturpolitik als kommunale Aufgabe

Wolfgang Schneider*

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Kultur ist Bestandteil des täglichen Lebens und eine Bereicherung. Sie ist Abbild einer Gesellschaft, ihrer Normen und Werte, regt zum Widerspruch oder zur Diskussion an und ist so auch eine Stärkung der Gemeinschaft. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen in kulturelle Belange einbezogen werden. Dafür müssen manche Strukturen verändert werden. Kulturelle Bildung sollte als Querschnittsaufgabe in jeder Kommune eingebunden werden, über die Förderung von Projekten hinausgehen und in der kulturellen Infrastruktur verankert sein. Sie muss Freiräume schaffen und Spielräume kreativ nutzen. Kulturförderung ist Daseinsvorsorge, und entsprechend muss die Politik handeln und den notwendigen Rahmen schaffen.

Die Kultur steckt in der Krise

Die Krise des Kulturstaates ist die Krise der Kulturfinanzierung, ist die Krise der Kulturpolitik. Eine These, die sich dieser Tage immer mal wieder sich zu bestätigen scheint, wenn Kommunen ihre Haushalte konsolidieren und mit Kürzungen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen der Kultur an den Kragen gehen. In Frankfurt am Main nennt die Opposition den Kulturdezernenten „den großen Verlierer“ der Sparrunde, in Darmstadt wird Hand an das dezentrale Büchereiwesen gelegt, in Rüsselsheim steht das Theater zur Disposition. Aber die Kultur ist nicht die Schuldige. Es sind die Finanzen, die in den Städten und Gemeinden nicht in Ordnung sind, es sind die Steuerpolitik in Berlin, der Druck zum Schuldenabbau der öffentlichen Haushalte und der kommunale Finanzausgleich in Hessen, die es der kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr ermöglichen, ihre kulturellen Aufgaben wahrzunehmen. Offensichtlich hat es die Kulturpolitik versäumt, in den Jahren des Aufschwungs und Wohlstandes Vorsorge zu treffen, mit klugen Konzepten langfristig Kunst und Künstler zu fördern. Kulturvermittlung braucht Infrastruktur, kulturelle Bildung muss als Querschnittsaufgabe in jeder Kommune verankert sein. Und dazu bedarf es einer Kulturentwicklungsplanung, in der Kultur als Pflichtaufgabe der Kommunalpolitik definiert wird, die es ermöglicht, auch zukünftig in künstlerische Institutionen, vor allem in freie Szene und soziokulturelle Projekte zu investieren.

* Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Kultur für alle?

Kultur wird auch in Deutschland als Summe dessen gesehen, was Menschen hervorbringen und hervorgebracht haben. Seit der UNESCO-Kulturkonferenz von Mexiko 1982 wird eine Definition benutzt, in der Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen wird, die eine Gesellschaft kennzeichnen. Demnach haben wir es selbstverständlich auch innerhalb einer politischen Einheit wie Deutschland mit einer Vielfalt von Kulturen zu tun. Der Begriff der kulturellen Vielfalt wurde 2005 im „Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ definiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UNESCO-Konvention ratifiziert, das heißt rechtlich anerkannt. In Artikel 4 ist zu lesen: „Kulturelle Vielfalt bezieht sich auf die mannigfaltige Weise, in der die Kulturen von Gruppen und Gesellschaften zum Ausdruck kommen. Diese Ausdrucksformen werden innerhalb von Gruppen und Gesellschaften sowie zwischen ihnen weitergegeben. Die kulturelle Vielfalt zeigt sich nicht nur in der unterschiedlichen Weise, in der das Kulturerbe der Menschheit zum Ausdruck gebracht, bereichert und weitergegeben wird, sondern auch in den vielfältigen Arten des künstlerischen Schaffens, der Herstellung, der Verbreitung, des Vertriebs und des Genusses von kulturellen Ausdrucksformen, unabhängig davon, welche Mittel und Technologien verwendet werden.“ Kultur ist das Spiegelbild einer Gesellschaft und deren Identität, sie ist aber immer auch eine Momentaufnahme – kann sich verändern und gestaltet werden. Sie ist geprägt durch die Geschichte und das historische Erbe einer Gesellschaft und bildet zugleich die Grundlagen für zukünftige Entwicklungen. Kultur beeinflusst die Menschen, ihr Handeln und ihre Institutionen durch Symbole, Werte und soziale Standards. Menschen versprechen sich von der Zugehörigkeit zu einer Kultur Geborgenheit, Lebensqualität und Sinnorientierung.

Kultur muss möglichst vielen Menschen offenstehen. Unabhängig von Einkommen, Herkunft, sozialem Status und Alter. Viele soziale Gruppen nutzen kulturelle Angebote jedoch nicht – weil sie nicht können, nicht wollen oder die Angebote in der individuellen Lebens-

gestaltung gar nicht bekannt oder präsent sind. Dies sollte durch schulische und außerschulische kulturelle Bildung und das Ermöglichen der Teilhabe gerade von Kindern geändert werden.¹ Auch die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat 2008 dies thematisiert und empfohlen, Kindern freien Eintritt in staatliche Kultureinrichtungen zu gewähren. Vielleicht wäre auch eine Quote sinnvoll, um es nicht dem Zufall zu überlassen, welche Zielgruppen mit welchen öffentlichen Mitteln nachhaltig gefördert werden und wie kulturelle Teilhabe gestaltet wird.

In der Kultur findet ein ständiges Nachdenken der Gesellschaft über ihre Werte und Normen statt. Deswegen ist es nicht nur für die Individuen, sondern auch für die Entwicklung der Gesellschaft wichtig, dass möglichst viele Menschen mit vielfältigen kulturellen Angeboten erreicht werden, denn so differenziert unsere Gesellschaft ist, so vielfältig sind auch die Bedürfnisse. Das ist der Hintergrund von kulturpolitischen Angebotsprogrammen wie „Kultur für alle“ des früheren Kulturdezernenten von Frankfurt am Main, Hilmar Hoffmann, oder „Bürgerrecht Kultur“ des ehemaligen Nürnberger Kulturreferenten Hermann Glaser, aber auch das Programm „Kultur von allen“, welches die gestaltende Teilnahme möglichst breiter Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben fordert.

Freiheit der Kunst?

Kulturpolitik ist in erster Linie Landes- und Kommunalpolitik. Auch der Deutsche Städtetag hat das immer wieder betont. In der Tat werden die meisten Aufgaben zur Förderung der Kultur von den Gemeinden, Städten und Kreisen übernommen und fast genauso viele Mittel von den Ländern aufgewendet. Ihre rechtliche Grundlage ist Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes. Darin wird sichergestellt, dass die Gemeinden im Rahmen der Gesetze alle kulturpolitischen Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln können. Ausgangspunkt aller Kulturförderung ist Artikel 5 Absatz 3. Er garantiert die Freiheit der Kunst. Der Staat, also die Länder und die Kommunen, verpflichtet sich, keinen Einfluss auf Inhalte und Gestaltung zu nehmen, wenn er die Produktion von Theaterstücken, Büchern, Filmen, Musik oder Kunstwerken finanziell unterstützt.

¹ Bereits in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1998 wird in Artikel 31 für die „volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben“ plädiert und für Kinder „die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung“ gefordert.

In den Kommunen sind es vor allem die öffentlichen Einrichtungen der Kultur, die jährlich ihr Budget aus den Haushalten erhalten. Also Stadttheater, Museen und Büchereien, die mehr oder weniger unabhängig von der Politik ihr Programm gestalten. Darüber hinaus betreiben die Kommunen auch Musikschulen, Jugendkunstschulen, Archive, kommunale Kinos oder fördern soziokulturelle Zentren. Städte und Gemeinden sind auch Träger von Volkshochschulen. Eher bescheiden sind die kommunalen Mittel für die freie Kulturarbeit. Hier können sich Vereine, die sich der Pflege des kulturellen Erbes widmen, Initiativen oder Musik- und Theatergruppen um Projektförderung bewerben. Kommunen sind aber auch selbst Veranstalter von Kulturprogrammen, die in den Bürgerhäusern, auf Marktplätzen und bei Stadtfesten stattfinden. Auch die christlichen Kirchen betreiben Kulturförderung, indem sie ihre Baudenkmäler erhalten und geistliche Musik in Chören, im Orgelspiel und mit eigenen Ensembles bei Konzerten aufführen und verbreiten. Andere Förderer der Kultur sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und privaten Banken, immer häufiger aber auch Stiftungen, die die jährlichen Zinserträge des Stiftungskapitals in Projekte von Künstlern investieren. Wirtschaftsunternehmen sponsern kulturelle Veranstaltungen, um einen Imagegewinn zu erzielen. Öffentlichkeitswirksame Projekte, wie zum Beispiel Kunstaustellungen oder Film- und Theaterfestivals, werden besonders gern unterstützt, da die beteiligten Firmen dort mit ihrem Logo auf Plakaten und Transparenten für ihre Sache werben dürfen (siehe auch Schneider, Götzky 2008).

Doch der Handlungsdruck auf Kultureinrichtungen in Deutschland steigt. Zahlreiche Kultureinrichtungen sind von der Schließung bedroht. Betroffen sind insbesondere kleinere Museen, Theater und Bibliotheken, vor allem solche, die von Gemeinden gefördert werden.

Kulturpolitik in Deutschland hat viele Baustellen; es sind weiterhin nur einige wenige, die regelmäßig am klassischen Kulturbetrieb teilhaben. Kulturpolitik ist zudem vornehmlich eine Förderung der Infrastruktur geworden, die Institutionalisierung verbraucht alle Mittel, die den Projekten und prozessorientierten Programmen fehlen. Bauerhaltung und -unterhaltung sowie Verwaltungspersonal verschlingen größtenteils die jährlichen neun Milliarden, die über die Steuern aller Bürger erbracht werden. Die visuelle Produktion steht im Vordergrund, die intellektuelle oder emotio-

nale Wahrnehmung kommt zu kurz. Die kulturelle Bildung steht – trotz politischer Bekundungen – nach wie vor ganz hinten an.

Ein Teufelskreis prägt die Kulturpolitik: Kunst braucht Raum und manifestiert sich in äußerlichen Strukturen, für den „Innenausbau“ mit Projekten und Programmen, also für die Freiräume bleibt dann kaum noch ein Budget. So manches Museum hat keinen Anschaffungsetat mehr, so manches Theatergebäude steht öfter leer, weil es an Mitteln fehlt, es zu bespielen, so manches Kulturzentrum lebt nur noch auf Kosten des Ehrenamtes. Und auf der anderen Seite existieren Institutionen, die Personalstrukturen verfestigen, sodass sie unflexibel, quer zu neuen Anforderungen der Kunst und gewissermaßen statisch in sich selbst wirken. Opern und Orchester beispielsweise sind die reformbedürftigsten Kulturbetriebe. Doch keiner wagt es, die Krise zu nutzen und Strukturen zu ändern. Es sind die Alternativen in den Künsten, die neue Wege erproben, es ist die freie Szene, die sich freier Strukturen bedient, es sind die neuen Bewegungen, die die alten Räumlichkeiten nutzen.

Umnutzung der Industriekultur als symbolischer Akt

Eines von mittlerweile rund 700 identifizierten Industriekulturdenkmälern in der Region Rhein-Main ist die Naxoshalle, eine unter Denkmalschutz stehende Halle am östlichen Rande der Frankfurter City. Soziokulturelle Zentren, Kultur- und Kommunikationszentren in früheren Industriegebäuden, alten Gewerbeflächen, Eisenbahn- und Hafenanlagen sogenannte Kulturfabriken haben seit Ende der 1960er Jahre die Kulturlandschaft der alten Bundesrepublik anhaltend beeinflusst und verändert. Sie sind wegen ihrer veränderten Nutzungslogik ideale Übergangsräume für kulturelle Veranstaltungen und künstlerische Prozesse, sie bieten Freiräume für Experimente und stellen eine Alternative zur klassischen Kulturlandschaft dar.

Die Motivation, leer stehende Fabrikgebäude für kulturelle Arbeit nutzbar zu machen, gründet sich jedoch nicht ausschließlich auf deren vermeintliche Praktikabilität und Eignung. Die Umnutzung von Industriekultur zu kulturellen Zwecken ist auch ein symbolischer Akt. Am Zeichenwandel der „Fabrik“ in der Kulturarbeit lassen sich die unterschiedlichen Definitionen eines Kulturbegriffs ablesen. Sie heißen zum Beispiel in Frankfurt am Main Künstlerhaus Mousonturm,



Bockenheimer Depot und Brotfabrik oder Schlachthof in Kassel. Sie sind entstanden als gesellschaftspolitischer Gegenentwurf mit neuen Themen, als Modell für Stadterneuerung, als Gegenstand der Geschichtskultur, als Vermittler im kulturellen Umbruch, als Angebot an neue Zielgruppen und gelegentlich auch als neuer Wirtschaftsfaktor.

Solcherlei Wiederbelebung der Industriekultur würdigt auch der Bericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages: „Künstler (insbesondere der freien Szene, der Soziokultur und der Subkultur) erschließen Stadtgebiete und Stadtteile, die häufig aus der traditionellen städtischen Nutzungslogik herausfallen.“ Insbesondere die Kommunen sollten Konzepte für die kulturelle sowie kultur- und kreativwirtschaftliche Nutzung entwickeln.

Kulturpolitik braucht Konzeption!

Kommunen und Länder sollten im Rahmen einer umfassenden Kulturentwicklungsplanung eine kritische Bestandsaufnahme vornehmen. Sie müssen prüfen, was vor Ort gebraucht und gewünscht ist, wo Stärken und wo Schwächen lokaler Besonderheiten liegen und welche strukturellen Nachteile zu beseitigen sind. Es sollten Prioritäten gesetzt und schließlich langfristige Ziele und Schwerpunkte definiert werden. Zentrales Element einer Kulturentwicklungsplanung ist dann die Bildung von Diskussionsforen aller Akteure, die Einbeziehung regionaler Netzwerke, die stärkere Vernetzung von Kultur- und Bildungseinrichtungen gerade auf

kommunaler Ebene und schließlich die Erstellung eines konkreten Maßnahmenkatalogs. Solcherart konzeptbasierte Kulturpolitik kann neue Akzente setzen, Transparenz schaffen, Leitbilder prägen, kurzfristigen Kürzungen von Etats entgegenstehen und zukunftsorientiert Planungssicherheit gewähren. Dabei dürfen nicht die Grenzen der Planbarkeit aus den Augen verloren werden. Denn gerade in der alternativen Szene sind sich verändernde Stile und Wünsche auch kreativer Antrieb.

Vielleicht kann ja zunächst nur die Kunst außerhalb der klassischen Kulturtempel die Krux der infrastrukturellen Sackgassen in der Kulturpolitik beheben? Entscheidend ist derzeit die Beweglichkeit von Kulturpolitik! Entscheidend ist die Bewegung der Künstler und Kulturvermittler! Nur in der Bewegung entsteht Dialog! Und sie bewegt sich doch, die Kulturpolitik! Fragt sich nur mit welchem Mut zur nachhaltigen strukturellen Veränderung?

Literatur

- Deutscher Bundestag (Hg.): Kultur in Deutschland. Schlussbericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages. Regensburg 2008.
- Wolfgang Schneider, Doreen Götzky: Pocket Kultur. Kunst und Gesellschaft von A-Z. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2008.
- Wolfgang Schneider (Hg.): Kulturelle Bildung braucht Kulturpolitik. Hilmar Hoffmanns „Kultur für Alle“ reloaded. Hildesheim 2010.
- www.soziokultur.de

Zum Autor:

Professor Dr. Wolfgang Schneider (1954) ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim und Inhaber des UNESCO-Chair „Cultural Policy for the Arts in Development“, Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung, zahlreiche Veröffentlichungen zur Kulturförderung, kulturellen Bildung und Theaterpolitik.